



seit 1558

Friedrich-Schiller-Universität Jena

StuRa

Studierendenrat der FSU Jena · Carl-Zeiss-Straße 3 · 07743 Jena

Verlaufsprotokoll der Studierendenratssitzung am 10.12.2013

Studierendenrat

Vorstand

Johannes Krause
Marcus D. D. Müller
Julia Walther

Carl-Zeiss-Straße 3
07743 Jena

Telefon: 0 36 41 · 93 09 98
Telefax: 0 36 41 · 93 09 92
vorstand@stura.uni-jena.de

| | |
|------------------------------|--|
| anwesende MdStuRa: | Clemens Beck, Meike Boldt, Lars Peter Engels, Dorothea Forch, Hatto Frydryszek, Christian Hanke, Moritz Hellmich, Markus Henseler, Johannes Krause, Tristan Kreuzinger, Jenny Markert, Marcus D.D. Müller, Vincent Schmidt, Maxi Scheibner, Johanna Schuchmann, Michael Siegmann, Karl Spitz, Ilknur Üreyen, Sebastian Ushmann, Julia Walther, Karin Wirthgen |
| entschuldigt: | Markus Hammerschmidt, Johanna Lehmann, |
| ruhendes Mandat: | - |
| unentschuldigt: | Philipp Borchers, Cornelius Golembiewski, Vanessa Krimmel, Johannes Letsch |
| beratende Mitglieder: | Clemens Schäfer, Janine Eppert, Pauline Fröbel, Peter Held, Marcel Helwig, Christopher Johnne, Mike Niederstraßer, Malte Pannemann, Jonny Pabst, Johannes Struzek |
| Gäste: | Carsten Hölbing, Florian Rappen, Fabian Geisbühl, Paula Georgi, Sebastian Danz, Michael Klatt, Matthias Gothe, Frederic Foßmann, Giang Dao, Mat Schneider, Falko Windisch, Maximilian Lörzer, Kristian Eicke, Tobias Netzbandt, Jan-Henrik Wiebe, Sarah Salzmann, Sebastian Beer, Sabrina Lamers, Elena Matera, Dana Zimmermann, Caroline Schlaupe, Benjamin Schmidt, Niclas Seydack, Hauke Rehr |
| Sitzungsleitung: | Julia Walther / Johannes Krause / Marcus D.D. Müller |
| Protokollantin: | Julia Walther / Giang Dao |
| Sitzungsort | CZ-Str.3, SR 113 |

Die Sitzungsleitung eröffnet die Sitzung um 18:20 Uhr.

TOP 1 Wahl: stellv. Kassenverantwortliche* (Vorstand)

Julia Walther ist die einzige Bewerberin. Es ist sinnvoll, wenn ein Vorstandsmitglied die Stellvertretung der Kassenverantwortlichen übernimmt, da es v.a. auf die Anwesenheit im Büro ankommt, sollte die Kassenverantwortliche verhindert sein. Sie kann diese Anwesenheit sicherstellen, da sie relativ häufig im Büro anwesend ist. Sie war bereits ein Jahr im Fachschaftsrat Geschichte für die Finanzplanung zuständig und hat daher schon Grundkenntnisse bzgl. Kassenführung und dem Umgang mit Studierendengeldern. Sie denkt daher, dass sie sich relativ schnell in die StuRa-Finanzführung einarbeiten kann.

Mike Niederstraßer: Er fragt, ob bereits weitere stellvertretende Kassenverantwortliche benannt wurden. Der Vorstand kann dazu keine sichere Aussage treffen, wird dies jedoch prüfen und ggf. nachholen.

Es gibt keine Fragen an die Bewerberin. Es wird keine Personaldebatte gewünscht.

Wahlkommission: Florian Rappen, Carsten Hölbing, Marcel Helwig
Keine Einwände gegen die Wahlkommission

Abstimmung: 12 / 0 / 1 - angenommen. Damit ist Julia gewählt. Sie nimmt die Wahl an.

TOP 2 1. Lesung: GO-Änderung Gründung Referat Queer-Paradies* (Matthias Gothe)

Matthias Gothe stellt seinen Antrag vor. Er erklärt, dass es den AK seit dem SoSe 2008 gibt und dieser sehr kontinuierlich arbeitet. AKs sollen aber nur kurzfristig eingerichtet sein, daher ist es nach der GO sinnvoll, wenn er ein Referat wird. Es soll 2 Referenten geben, die auch zu den Stura-Sitzungen anwesend sein sollten. Für die Zeit während der Ausschreibung der Stellen wurde Matthias als Referent vorgeschlagen. Dafür gibt es eine Übergangsregelung.

Mike Niederstraßer: Er möchte den Antrag unterstützen und fragt, ob es eine Änderungsordnung geben soll, damit die Änderung gültig ist.

Christopher Johne: Das Referat für Inneres sollte bei solchen Anträgen einbezogen werden, damit dieser formale Weg eingehalten werden kann. Sie können sicher etwas tun, die Änderungsordnung müsste extra nochmal beschlossen werden, dies geht nicht einfach nur als GO-Änderung.

Maxi Scheibner: Sie fragt, warum die Umwandlung erst jetzt beantragt wurde.

Matthias Gothe: Die Umwandlung hat kaum einen Vorteil für den AK, sie wurden aber mehrfach auf die Regelung angesprochen, daher nun der Antrag.

Marcel Helwig: AKs werden nur für temporäre Probleme eingerichtet. Hier geht es aber um eine Daueraufgabe, die auch in der Dauerstruktur niedergeschlagen sein soll.

Carsten Hölbing: Er fragt nach der Abgrenzung zum Gleichstellungsreferat.

Matthias Gothe: Es geht auch um Gleichstellung, aber tiefer. Im Alltag werden Intersexuelle usw. nicht wahrgenommen oder thematisiert. Sichtbarkeit muss hergestellt werden, daher ein eigenes Referat, um diese Sichtbarkeit herzustellen.

Lars Peter Engels: Dies wurde schon einmal diskutiert. Die Bedenken waren: wie schafft man es, dass das Referat inhaltlich klar abgegrenzt ist und nicht über verschiedene Strukturen das gleiche gefördert wird. Er fragt, wie diese Überschneidung ausgeschlossen wird.

Matthias Gothe: Die Zusammenarbeit mit dem Gleichstellungsreferat funktioniert gut, dieses Referat arbeitet auch an seiner neuen Beschreibung.

Johannes Krause: Gleichstellung ist ein Überbegriff, bei dem es u.a. um Benachteiligungen von Männern oder Frauen geht. Queer spezialisiert sich dagegen auf einen Bereich, bei dem es um Homosexualität und Transgender geht. Mit der Einrichtung des Referats wird dieser Aspekt in der StuRa-Struktur als wichtig markiert.

Jenny Markert: Es geht v.a. um Sichtbarmachung, nicht nur um den Teilbereich, eine andere Problematik wird aufgegriffen.

Mike Niederstraßer: Viele der Strukturen können nicht klar getrennt werden, es gibt Schnittmengen, aber auch eigene Schwerpunkte. Eine Trennung ist also nicht unbedingt sinnvoll, aber die Schwerpunkte sind wichtig.

Carsten Hölbing: Referate werden auch an Personen festgemacht. Er fragt, wie viele Mitarbeiter der AK hat.

Matthias Gothe: 9 bilden den harten Kern, ansonsten ist die Zahl der Mitarbeitenden variabel.

Es gibt keine weiteren Fragen. Damit ist die erste Lesung beendet.

TOP 3 Berichte

Mike Niederstraßer berichtet vom Stand der Normenkontrollklage gegen eine ältere Wahlordnung der Uni. Die Wahlordnung wurde für unwirksam erklärt, da sie nicht alles regelte. Das Verfahren des StuRa wurde abgewiesen, da das Verfahren bereits mit den Mitklägern, die natürliche Personen sind, geregelt ist. Allerdings gibt es noch eine weitere Änderung der Wahlordnung, dieses Verfahren wird noch dauern. Der StuRa führt nun eine Nichtzulassungsbeschwerde, die sich damit beschäftigt, ob die Studierendenschaft überhaupt klageberechtigt ist, da es sich bei ihr um eine juristische Person handelt.

Marcel Helwig: Das Kernproblem ist, dass juristische Personen nicht klagen dürfen. Das Verfahren ist daher interessant, da man herausfinden kann, ob der Stura generell Normenkontrollklagen einreichen darf. Dies könnte auch für das Lehramtsstudium interessant werden. Er fragt nach dem voraussichtlichen Ende des Verfahrens.

Mike Niederstraßer: Die dürfte 2 bis 3 Jahre dauern. Ein weiterer Vorteil wäre, dass dann nicht mehr natürliche Personen für den StuRa klagen müssten.

Meike Boldt berichtet vom AK Sitzungskultur, der in der nächsten Woche seine neuen Ergebnisse ins Gremium bringen möchte. Sie haben sich z.B. mit der Frage, wie man bei Grundsatzdebatten jeden zu Wort kommen lassen kann beschäftigt, die könnte als Blitzlicht geschehen. Außerdem halten sie eine Visualisierung von Debatten für sinnvoll. Auch eine externe Sitzungsleitung wurde überlegt.

Carsten Hölbing: Es gab die Diskussion zur externen Sitzungsleitung bereits auf einer Sitzung des alten StuRa. Dies könnte man in den Protokollen nochmal nachlesen.

Christian Hanke: Er sieht das Problem, dass die Sitzungsleitung Sturamitglied sein muss, dies kann man jedoch ändern. Es muss jedoch eine Lösung zu Personaldebatten geben. Außerdem muss die Besetzung der Sitzungsleitung diskutiert werden.

Meike Boldt: Dies soll als TOP auf der nächsten Sitzung geschehen.

Marce Helwig: Über Sitzungskultur wurde schonmal diskutiert, dazu sollte noch Material und Wissen existieren.

Mike Niederstraßer berichtet vom Verwaltungsrat. Der Semesterbeitrag für das StuWe soll demnächst um 5€ steigen, da es ein Defizit im Wirtschaftsplan gibt und das Ministerium den Haushalt so als nicht genehmigungsfähig ansieht. Zum diesjährigen Jahresabschluss konnte man noch nichts sagen, daher weiß man nicht, wie hoch die Rücklagen sind. Es wurde auch über die Erhöhung der Mensapreise diskutiert, dies wird nochmal geprüft.

Christian Hanke: Er fragt nach, ob der Haushalt dann im kommenden Jahr positiv abschließt.

Mike Niederstraßer: Dies könnte passieren, allerdings gibt es auch Kostensteigerungen und die Zuschüsse des Landes sind nie sicher.

Karin Withgen: Sie fragt nach, welche Auswirkungen für die Mensapreise diskutiert wurden.

Mike Niederstraßer: Für Studierende gibt es keine Preiserhöhung, aber für Mitarbeiter und Gäste, da sie keine Beiträge zahlen.

Marcel Helwig: Er möchte die konkreten Zahlen für den StuWe-Beitrag wissen.

Mike Niederstraßer: Derzeit sind es 50€, mit Erhöhung wären es 55€.

Mike Niederstraßer berichtet weiter vom Verwaltungsrat. In Erfurt gibt es ein Semesterticket, jedoch führen dort längere Zeit keine Bahnen usw. Eine Urabstimmung hat daher eine Erhöhung der Preise abgelehnt. Sollte dies nicht beachtet werden, wird der Vertrag gekündigt. Dann fiele das VMT-Ticket für Erfurt weg, auch für den Jenaer Vertrag. Auch für künftige Verhandlungen könnte die Ablehnung ein sinnvolles Argument sein.

Marcel Helwig: Er fragt, ob dann VMT- und Bahnticket wegfallen.

Mike Niederstraßer: Bejaht. Für Jena ändert sich jedoch nichts. Was passiert, wenn der Vertrag endet, ist unklar.

Mike Niederstraßer ergänzt für seinen Bericht, dass der Wohnungsbau ein größeres Problem des StuWe wird. Der Bestand muss saniert werden, allerdings ist die Finanzierung von Neubauten schwierig, da das Land hier eine Verschuldung befürchtet.

Johannes Krause berichtet vom Gemeinsamen Ausschuss. Dieser hat Dirk Hertrampf und Tom Bauermann in die Schiedskommission gewählt, die nun wieder aus 3 Personen besteht. Es gibt noch einen dritten Bewerber, der evtl. in einer späteren Sitzung noch nachgewählt wird.

Christopher Johne: Er fragt, warum Tom gewählt wurde, obwohl er in materieller Abhängigkeit zum StuRa steht.

Johannes: Keine verwandtschaftsbeziehungen. Er sieht keine Probleme.

Florian Rappen: Das Bild war nicht eindeutig, daher wurde Tom noch einmal eingeladen. Es wurde viel diskutiert.

Christopher Johne: Aufgrund dieser Abhängigkeit könnten unbewusste Gedanken die Entscheidung beeinflussen. Es geht ihm nicht um die Person, sondern um das Abhängigkeitsverhältnis.

GO-Antrag auf Personaldebatte von Marcel Helwig, da hier Personalfragen erörtert werden.

Gegenrede von Christopher Johne. Es geht nicht um die Person, sondern um die Aufgabenkollision.

Abstimmung über den GO-Antrag: 1 / 11 / 5 – abgelehnt.

GO-Antrag auf Abbruch der Debatte von Christian Hanke, da sich der Gemeinsame Ausschuss ausführlich mit der Befangenheit beschäftigt hat und diese als nicht gegeben ansieht.

Formale Gegenrede von Christopher Johne

Abstimmung über den GO-Antrag: 15 / 0 / 3 – angenommen.

Julia Walther gibt noch einmal die Fahrtzeiten des Sonderzugs zur morgigen Demonstration in Erfurt bekannt.

Hatto Frydryszek berichtet von der Überarbeitung des Nahverkehrsplans. Das Sozialreferat hat dazu Gespräche mit den Ortsteilräten aufgenommen, die bisher sehr positiv verliefen.

Marcel Helwig berichtet, dass die Stellungnahme zur Fächerkombination für das Lehramt abgeschickt wurde, u.a. an die Landtagsfraktionen, den Bildungsausschuss u.a.. Es gibt auch ein Gesprächsangebot seitens der CDU an das Lehramtsreferat. Er bietet an, die Stellungnahme noch einmal über die Verteiler zu verschicken.

TOP 4 Feststellung der Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Es sind 18 von 27 Stura-Mitgliedern sind anwesend. Damit ist die Beschlussfähigkeit gegeben.

vorläufige Tagesordnung:

TOP 1 Wahl: stellv. Kassenverantwortliche* (Vorstand)

TOP 2 1. Lesung: GO-Änderung Gründung Referat Queer-Paradies* (Matthias Gothe)

- TOP 3 Berichte
- TOP 4 Feststellung der Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
- TOP 5 Bestätigung: Referent für Lehrämter (Referat für Lehrämter)
- TOP 6 Wahl: Kulturreferentin (Vorstand)
- TOP 7 Diskussion und Beschluss: MF Demo (Referat für Hochschulpolitik)
- TOP 8 1. Lesung: Änderung FSR-Anteil (Johannes Struzek)
- TOP 9 5. Lesung und Beschluss: Haushalt 2014 (HHV)
- TOP 10 Diskussion und ggf. Beschluss: Umgang mit Presseerklärungen (Hatto Frydryszek)
- TOP 11 Bericht und Diskussion: Campus Inselplatz (Johannes Struzek)
- TOP 12 2. Lesung und Beschluss: GO-Änderung Sitzungszeit (Dorothea Forch, Meike Boldt)
- TOP 13 Sonstiges

Änderungsanträge

TOP 12 wird auf Wunsch der Antragstellerin vertagt.

TOP 6 wird vertagt, da die Bewerberin nicht anwesend sein kann.

Christopher Johnne beantragt einen dringlichen TOP „Beschluss zur Änderung der Wahlordnung der Uni“. Diese wurde erst am Freitag, d.h. nach Antragsfrist, verschickt. Da es noch vor Weihnachten Änderungswünsche und Positionen dazu an die Uni geben soll. Die Uniwahlordnung hat Auswirkungen auf die Wahlordnung der Studierendenschaft, die bis Februar stehen muss. Aus diesen Gründen ist der Antrag dringlich zu behandeln.

Johannes Struzek: Er sieht die Dringlichkeit nicht als gegeben an. Auch ein Beschluss in der nächsten Woche wäre noch vor Weihnachten. Da das Thema sehr wichtig, sollten sich alle entsprechend vorbereiten können. Die Uni weiß, wie der StuRa arbeitet, er sieht den Zeitdruck nicht.

Christopher Johnne: Der Zeitdruck ergibt sich auch aus dem Haushalt. Eine Wahl ist teuer, die Synchronisation könnte den StuRa Geld sparen. Ein Beschluss erst in der nächsten Woche wäre denkbar knapp, da dies noch aufgearbeitet und evtl. noch einmal besprochen werden müsste. Daher wäre dies zu knapp.

Meike Boldt: Sie fühlt sich nicht ausreichend vorbereitet.

Johannes Struzek: Die Kosten für die Wahl ohne die Uni sind bekannt und unterscheiden sich kaum von Wahlen, die mit der Uni gemeinsam durchgeführt werden, daher gibt es auch keine Auswirkungen auf den Haushalt.

GO-Antrag auf Abbruch der Debatte von Johanna Schuchmann. Sie denkt, dass die unterschiedlichen Positionen inzwischen jedem klar sind.

Keine Gegenrede.

Abstimmung über die Dringlichkeit: 8 / 8 / 1 – nicht angenommen.

Lars Peter Engels beantragt einen neuen TOP, bei dem es um die Information über die Änderung der Wahlordnung geht. Dieser Antrag ist dringlich, da die StuRa-Mitglieder eine Informationsgrundlage brauchen.

Abstimmung über die Dringlichkeit: 14 / 0 / 2 – angenommen.

Christopher Johnne möchte diesen TOP hinter der MF Demo.

Johannes Struzek beantragt einen dringlichen TOP zur Hausbesetzung in Jena. Diese hat am Wochenende, d.h. nach Antragsfrist, stattgefunden. Die Dringlichkeit sieht er im Umgang der Behörden mit den Besetzern, auf den man reagieren sollte.

Maxi Scheibner: Sie sieht keine Dringlichkeit, da die Hausbesetzung bereits vorbei ist, eine Solidarisierung ist auch nächste Woche ausreichend. Außerdem weist sie darauf hin, dass es wichtigere TOPs gibt.

Johannes Struzek: Besonders jetzt ergibt eine Solidarisierung Sinn, da dies Auswirkungen auf jenawohnen haben kann.

Meike Boldt: Sie würde es auch gut finden, da es dann auf der Stadtratssitzung nächste Woche behandelt würde.

Karin Wirthgen: Sie fragt, wie eine Solidarisierung aussehen würde.

Die Sitzungsleitung weist darauf hin, dass diese Frage bereits zur inhaltlichen Diskussion und nicht zur Feststellung der Dringlichkeit gehört.

Abstimmung über die Dringlichkeit: 8 / 4 / 5 – angenommen.

Johannes Struzek möchte diesen TOP vor dem TOP zu Wahl

Michael Siegmann beantragt die Nichtbefassung mit TOP 8 FSR-Finzen. Dazu gibt es bereits einen Beschluss, außerdem sollte dies mit den FSREN besprochen werden.

Johannes Struzek als Antragsteller stimmt dem nicht zu, damit kann der TOP nicht von der Tagesordnung

Julia Walther beantragt, dass die Wahlordnung vor der Hausbesetzung auf der Tagesordnung stößt, da dieser TOP ein hohes Maß an Konzentration erfordert und daher so früh wie möglich behandelt werden sollte.

geänderte Tagesordnung

TOP 1 Wahl: stellv. Kassenverantwortliche* (Vorstand)

TOP 2 1. Lesung: GO-Änderung Gründung Referat Queer-Paradies* (Matthias Gothe)

- TOP 3 Berichte
- TOP 4 Feststellung der Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
- TOP 5 Bestätigung: Referent für Lehrämter (Referat für Lehrämter)
- TOP 6 Diskussion und Beschluss: MF Demo (Referat für Hochschulpolitik)
- TOP 7 Information: Änderung der Wahlordnung der FSU (Referat für Inneres)
- TOP 8 Diskussion und Beschluss: Solidarisierung mit den Jenaer Hausbesetzer*innen (Johannes Struzek)
- TOP 9 1. Lesung: Änderung FSR-Anteil (Johannes Struzek)
- TOP 10 5. Lesung und Beschluss: Haushalt 2014 (HHV)
- TOP 11 Diskussion und ggf. Beschluss: Umgang mit Presseerklärungen (Hatto Frydryszek)
- TOP 12 Bericht und Diskussion: Campus Inselplatz (Johannes Struzek)
- TOP 13 Sonstiges

Abstimmung über die geänderte Tagesordnung. 17 / 0 / 0 angenommen.

TOP 5 Bestätigung: Referent für Lehrämter (Referat für Lehrämter)

Dieser TOP wird aufgeschoben, bis der Referent anwesend sein kann.

TOP 6 Diskussion und Beschluss: MF Demo (Referat für Hochschulpolitik)

Julia Walther stellt den Antrag inklusive Kostenplan vor. Da die Aktionen und ihre Kosten im Vorfeld schlecht geplant und vorhergesehen werden konnten, kommt der Antrag auf Mittelfreigabe erst jetzt. Die Kosten für die Demo am 22.11. sind relativ gesichert, die für die Demo in Erfurt werden sicherlich geringer ausfallen als im Plan, da noch Material vorhanden ist. Die Kosten belaufen sich v.a. auf Kosten für Flyer und Transparente, der Betrag für die GEMA steht noch nicht genau fest und ist nur geschätzt auf 400€.

Sebastian Uschmann: Er fragt, was Sonstiges ist.

Julia Walther: Sonstiges ist als Puffer gedacht, für Dinge, die noch unklar sind. Real wird dieser Posten wahrscheinlich auf 0 stehen.

Carsten Hölbing: Er fragt, wer was finanziert und was das Bündnis finanziert.

Meike Boldt: Sie möchte ebenfalls wissen, was die anderen Bündnispartner finanzieren.

Julia Walther: Im Plan sind nur Kosten eingerechnet, die bei den StuRa-Aktionen angefallen sind. Die Aktionen der HSGs sind nicht mit eingerechnet, da sie darüber nicht Bescheid weiß. Außerdem wird wohl ein Teil der Kosten von den FSRen übernommen, etwa die für den Tee-Stand.

Hatto Frydryszek: Er meint, dass die FSR-Ausgaben mit in die Freigabe eingerechnet werden müssten.

Marcus Müller: Der Tee des FSR Theologie wurde nicht von Studierendengeldern bezahlt.

Abstimmung: 17 / 0 / 0 – angenommen.

TOP 7 Information: Änderung der Wahlordnung der FSU (Referat für Inneres)

Christopher Johnne stellt die geplante Änderungsordnung zur Wahlordnung der Uni vor. Der StuRa soll dazu bald Stellung beziehen, da die WO der Uni relevant ist für die Wahlordnung der Studierendenschaft. Dazu hat er eine kommentierte Version zur Wahlordnung erstellt, die dem Sitzungsmaterial beiliegt.

Er beginnt mit 8. §25b, wo ein Satz ergänzt werden soll. Zur Erklärung verdeutlicht er den zeitlichen Ablauf der Wahl: Zeitpunkt 1 ist der technische Start, Zeitpunkt 2 der Zeitpunkt der Wahlunterlagenversendung und Zeitpunkt 3 der Beginn der Wahl. Mit der Änderung kann die Wahl bereits vor der Versendung gestartet werden, wenn das Intervall bis zum Wahlbeginn höchstens 3 Tage beträgt. Dies ist insofern sinnvoll, als dass derzeit Unterlagen nicht sofort genutzt werden können, sondern erst aufbewahrt werden müssen. Dies senkt aber die Bereitschaft zur Wahl, die Änderung ist also an sich sinnvoll. Das Problem ist, dass die Frist nur zum Tragen kommt, wenn der technische Start davor liegt, nicht, wenn er danach liegt. Dies muss noch einmal sinnvoll hinterfragt werden. Damit könnten die Wähler schon vor Beginn der Wahl wählen.

Johannes Struzek: Er fragt, ob andere Fristen aufgezeigt werden können, dies wäre hilfreich.

Christopher Johnne: Die Frist von Beginn bis Ende der Wahl liegt zwischen 6 und 15 Tagen und wird meist vom Kanzler festgelegt. Der technische Start ist bislang 3 Stunden vorm Start der Wahl, der Link wird mit Beginn der Wahl freigeschaltet.

Johannes Struzek: Fragt, ob der Link weiterhin so freigeschaltet werden wird.

Christopher Johnne: Dies liegt beim Wahlamt, um den Sinn zu erhalten, wird der Link sicher bereits bekannt sein, evtl. aber nicht auf der Homepage veröffentlicht werden.

Johanna Schuchmann: Sie fragt, warum 3 Tage als Frist gewählt wurden.

Christopher Johnne: 3 Tage braucht die Post zum Versenden der Wahlunterlagen. Es geht nur um den Zeitpunkt des Versandes.

Johannes Struzek: Wenn das Verfahren bereits läuft und der Versand erfolgt, dann könnte der Versand kurzfristiger werden, weshalb der Wahlzeitraum zu kurz wäre, daher die relativ lange Frist von 3 Tagen.
Moritz Hellmich: Er fragt, ob man so schon vor dem offiziellen Start wählen kann. Wann wird die Stimme abgegeben? Die Wahlurne muss zu Beginn der Wahl leer sein.
Christopher Johne: Er stimmt Moritz zu. Allerdings weiß er nicht, ob es diese Auflage in der Wahlordnung gibt.
Johannes Struzek: Fragt, ob überprüft werden kann, ob die Urne leer ist.
Christopher Johne: Er wird diese Bedenken weiterleiten.

Johannes Struzek: Er fragt, ob die Frist beinhaltet, dass der Start der Wahl vorm Versand ist, oder ein Platzhalter ist.

Mike Niederstraßer: Frist bedeutet nur einen Raum, d.h. eine Zeitspanne. Sie impliziert aber, dass der Tag, an dem die Frist beginnt, nicht mitzurechnen ist.

Christopher Johne: Er fährt in der Erklärung fort. Punkt 9 §25c spezifiziert den Abbruch und die Unterbrechung der Wahl. Darüber kann der Wahlvorstand entscheiden unter bestimmten Gesichtspunkten. Der Wahlvorstand der Uni hat damit Entscheidungskompetenz. Allerdings muss bei gemeinsamer Wahl auch der Wahlvorstand der Studierendenschaft entscheiden können. Da es aber das gleiche technische System ist, werden dann beide Wahlen gleichzeitig abgebrochen oder fortgesetzt. Die Stimme der Studierendenschaft muss in dem Verfahren sichergestellt werden. Dies muss irgendwie geregelt werden.

Mike Niederstraßer: Dies ist schwierig bei unterschiedlichem Votum. Für uns ist v.a. entscheidend, was mit der StuRa-Wahl passiert, wenn die Hochschule die Wahl abbricht.

Johannes Struzek: Dies hat auch eine finanzielle Dimension, evtl. kann die Neuwahl dann nicht finanziert werden.

Mike Niederstraßer: Er fragt, ob die Wahlen vom System getrennt werden können.

Christopher Johne: Dann müssen 2 Wahlen beim Anbieter gekauft werden, bezahlt wird pro Wähler und Stimme.

Moritz Hellmich: Er fragt, ob bei einem Aussetzen der Wahl die Wahlperiode dann erweitert wird.

Christopher Johne: Darüber befinden Wahlvorstand und Wahlleitung.

Hatto Frydryszek: Er fragt, ob dies der einzige Paragraph ist, der den Abbruch regelt und wie der Abbruch bei der letzten Wahl lief.

Christopher Johne: Das war sehr konfus, es gab eine neue Wahlbekanntmachung, d.h. eigentlich eine neue Wahl, wobei dann die alte Wahl wieder fortgeführt wurde. Daher fällt dies gar nicht in den Paragraphen. Eine weitere Regelung wurde nicht eingeführt.

Karin Wirthgen: Sie fragt, warum überhaupt online gewählt werden muss.

Johannes Struzek: Weil die Uni dies will und glaubt, es sei einfacher und besser.

Lars Peter Engels: Er erinnert an den Urabstimmungsbeschluss zur Onlinewahl.

Mike Niederstraßer: Derzeit gibt es einige Gerichtsverfahren dazu. Die Uni ist die erste Hochschule, die online wählt. Das System hat viel gekostet.

Johannes Struzek: Der Urabstimmungsbeschluss sagt nicht, dass Onlinewahlen durchgeführt werden sollen, sondern dass es die Möglichkeit dazu geben soll.

Christopher Johne: Er fährt fort mit Punkt 10 § 25e. Dort wird der Passus „technisch getrennt“ expliziert zu 2 verschiedenen Servern. Es stellt sich hier die Frage, was verschiedene Server sind, denn es laufen auch Server auf dem gleichen PC, z.B. beim Stura. Dies sollte also nochmal näher expliziert werden.

Mike Niederstraßer: Er fragt, ob schon diskutiert wurde, ob Eingriffe verhindert werden können, da derzeit einer der Server beim Anbieter steht.

Johannes Struzek: Personenbezogene Daten liegen bei der Uni, allerdings steht der Wahlurnen-Server bei der Firma, dort gibt es ein technisches System, das Fehler anzeigt und das für den Wahlleiter zugänglich ist. Inwieweit dort Fehler aufgezeigt werden, kann er nicht beurteilen.

Christopher Johne: Es folgt 10b. Dort geht es darum, dass Sicherheitshinweise vorher vom Wähler bestätigt werden müssen. Dem System können dann keine Fehler mehr vorgeworfen werden, wenn der Nutzercomputer angegriffen wird.

Moritz Hellmich: Er fragt, was man unter „Programm“ versteht.

Christopher Johne: Antivirenprogramme usw.

Johannes Struzek: Er verweist auf das Gerichtsurteil. Einer der Mängel war genau dieser Punkt. Es ist sicherzustellen, dass der PC nicht manipuliert ist. Hier ist die Frage, ob dies mit der Vorschrift sichergestellt ist.

Johanna Schuchmann: Sie fragt, ob sie jetzt ihren PC sichern muss.

Christopher Johne: Als Nutzer kann man der Uni mit dieser Regelung nichts vorwerfen.

Hatto Frydryszek: Die geforderte Sicherheit kann man nicht gewährleisten, wenn man aber „nein“ ankreuzt, darf man nicht wählen.

Christopher Johne: Man wird nicht von der Wahl ausgeschlossen. Der PC im Wahlamt kann auch zur Stimmabgabe genutzt werden, dieser ist jedoch wenig bekannt. Auch dort muss man den Hinweis bestätigen.

Mike Niederstraßer: Dies ist einer der Gründe, warum der StuRa die Onlinewahl abgelehnt hat.

Johannes Struzek: Bei Stimmmanipulation kann nicht nachvollzogen werden, ob dies der Fall war, im Nachhinein kann dies also nicht mehr geltend gemacht werden. Dies führt aber nicht zu einer Wahlwiederholung auf Kosten der Nutzer.

Johannes Krause: Er möchte, dass weniger ins Detail gegangen wird und auf die Zeit geachtet wird.

Johanna Schuchmann: Sie fragt, warum generell darüber diskutiert wird.

Christopher Johne: Es gab den positiven Urabstimmungsbeschluss zur Onlinewahl. Bisher gab es nur Urnenwahl und Briefwahl in der Satzung, dies wurde durch den Beschluss geändert. Der StuRa kann über die genaue Regelung diskutieren. Die Onlinewahl war der Wunsch der Uni und hat u.a. finanzielle Gründe.

Johannes Struzek: Die Studierendenschaft kann nur über das Wahlverfahren der Studierendenschaftswahlen, nicht aber zu dem der Uni beschließen. Allerdings sollen beide Wahlen zusammengeführt werden, weshalb die Wahlordnung der Uni für den StuRa relevant ist.

Christopher Johne: Er geht über zu 11. §26 Absatz 7.

Johannes Struzek: Normalerweise kann jeder die Wahl beobachten, auch die Auszählung, man wird nie als Beobachter ausgeschlossen. Bei einer elektronischen Wahl kann man nicht nachvollziehen, ob richtig gezählt wurde.

Christopher Johne: Der Paragraph wird dahingehend geändert, dass es formal für jeden Wähler nachvollziehbar sein muss. Er verdeutlicht die Nachvollziehbarkeit mittels einer Matrix an der Tafel.

Christopher Johne: Der letzte Punkt ist 12b §29. Er regelt, dass das Mandat erlischt, wenn die Wahlberechtigung im Wahlbereich erlischt. Die Uni klärt damit einen bislang offenen Punkt.

Mike Niederstraßer: In der Praxis ist diese Regel kaum zu unterschätzen, da Studiengänge sehr kurz angelegt sind und daher Wechsel möglich sind. Die Wahl liegt vor der Bekanntgabe der Prüfungsergebnisse. Praktisch kann auch in Subbereichen gewechselt werden. So kommt es zu einer nachträglichen Verschiebung der Mandate bzw. auch dazu, dass niemand mehr das Mandat wahrnehmen kann.

Christopher Johne: Das Mandat an der einen Fakultät würde erlöschen, wenn man für die kommende Legislatur seine Fakultät wechselt. Wenn unsere Wahlordnung diesen Fall nicht regelt, würde dies auch für den StuRa gelten, da immer die Wahlordnung der Uni gilt, wenn bei der Studierendenschaft etwas nicht geregelt ist.

Moritz Hellmich: Er fragt, ob schon eine Lösung bzgl. des Wahlvorstandes in Sicht ist.

Christopher Johne: Es gibt noch keine Lösung, diese ist aber in Arbeit, allerdings ist das Problem kompliziert. Er kann ein Positionspapier zur Änderungsordnung vorbereiten für die nächste Sitzung. Evtl. gibt es am Donnerstag ein Treffen des Innenreferats, es können auch Vorschläge per Mail bei ihm eingehen. Evtl. würde er auch ein Pad anlegen, an dem alle mitarbeiten können.

Johannes Struzek: Er wäre für ein Meinungsbild, ob der StuRa das Verfahren OK findet.

Marcus Müller: Er findet dies nicht sinnvoll, da nur viele kleine Punkte besprochen wurden.

Mike Niederstraßer: Man könnte noch grundsätzlich darüber reden, was in der Änderungsordnung fehlt und man könnte die Grundkritik an Onlinewahlen einbeziehen.

Christopher Johne: Er denkt, dass dies evtl. den Rahmen sprengen könnte.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Damit ist dieser TOP beendet.

TOP 5 Bestätigung: Referent für Lehrämter (Referat für Lehrämter)

Der Referent Jonny Pabst stellt sich vor. Er ist seit Anfang des Jahres im Referat aktiv. Er wurde durch dieses bereits zum Referenten gewählt und muss jetzt vom StuRa bestätigt werden. Zu seinen Zielen gehört die Stärkung des Lehramtsreferates und die der Lehramtsstudierenden in den Fachschaften.

Abstimmung über die Bestätigung des Referenten: 17 / 0 / 0 – einstimmig angenommen. Damit ist Jonny Pabst als Referent für Lehrämter bestätigt.

TOP 8 Diskussion und Beschluss: Solidarisierung mit den Jenaer Hausbesetzer*innen (Johannes Struzek)

Johannes Struzek stellt seinen Antrag vor und rekonstruiert den Stand der Dinge. In der Neugasse 17 steht ein Haus, das Jenawohnen gehört und wahrscheinlich bewusst dem Verfall überlassen wurde. Jenawohnen plant womöglich den Abriss, sobald der Zerfall in einem irreparablen Stadium ist, um an selbiger Stelle einen Neubau zu errichten, mit dem höhere Mieten gefordert werden können. Die Hausbesetzung soll Kritik an der Fahrlässigkeit von Jenawohnen verdeutlichen. Der Oberbürgermeister und die Jenawohnen GmbH haben das Gebäude mit Hilfe der Polizei räumen lassen. Die Räumung wurde zuerst hinausgezögert aufgrund von Furcht vor einer Einsturzgefahr. Die durch die Hausbesetzung geäußerte Kritik ist nachvollziehbar, da die Wohnungsnot auch die Studis betrifft. Studentischer Wohnraum soll nicht nur in Randlagen existieren. Günstigen Wohnraum soll es auch im Zentrum geben. Er wünscht sich eine klare Positionierung vom Gremium.

Maxi Scheibner: Sie fragt nach, in welcher Form die Unterstützung konkret geschehen soll.

Johannes Struzek: Er erklärt seinen Vorschlag. Die Solidarisierung soll öffentlich geschehen, in Form einer

Pressemitteilung. Außerdem soll es eine Mitteilung an Jenawohnen GmbH und den Oberbürgermeister der Stadt Jena geben. Die Erarbeitung kann delegiert werden an das Sozialreferat in Kooperation mit dem Referat für Öffentlichkeitsarbeit. Das Sozialreferat kann vor allem inhaltlich zuarbeiten.

Johanna Schuchmann: Sie äußert ihre Bedenken. Sie versteht die Kritik, aber sieht Hausbesetzungen als Mittel der Äußerung generell kritisch.

Tobias Netzbandt: Er war ein Augenzeuge der Hausbesetzung und bei der Räumung präsent. Er möchte sich für Fragen bereitstellen. Er berichtet, dass es vor Ort einen Feuerwehrwagen gab, aber keine Warnung bezüglich einer Einsturzgefahr. Die Partei die Linke hat bereits eine Solierklärung herausgegeben.

Sebastian Uschmann: Er findet eine Solidarisierung mit den Hausbesetzer*innen schwierig, weil die Personen ihm unbekannt sind.

Hatto Frydryszek: Er findet, dass ein persönliches Kennen nicht wichtig ist. Er spricht sich für eine Solidarisierung aus.

Malte Pannemann: Er findet, dass drastische Maßnahmen und Grenzgänge manchmal nötig sind, um Aufmerksamkeit zu erregen. Es geht in erster Linie um die Sache bzw. das Anliegen, in zweiter Linie erst um den Weg, der gegangen wurde. Die Wohnungslage in Jena ist faktisch schlecht. Der Oberbürgermeister schiebt die Beschaffung von Wohnraum dem Studentenwerk zu. Es ist wichtig, auf die Notlage aufmerksam zu machen. Er sieht eine Hausbesetzung als richtiges Mittel, um Aufmerksamkeit zu erregen, weil die Aktion sichtbare Spuren hinterlässt und sichtbare Signale aussendet.

Jenny Markert: Sie gibt zu bedenken, dass ein ungleiches Machtverhältnis zwischen der Studierenden-Seite und der städtischen Verwaltung/Jenawohnen vorherrscht. Sie sieht die Hausbesetzung ebenfalls als ein legitimes Mittel.

Lars Peter Engels: Er merkt an, dass es sich bei der Hausbesetzung um ein leerstehendes Gebäude handelte. Anschließend fragt er Tobias Netzbandt, da dieser Augenzeuge war, um eine Schilderung bezüglich des Verhaltens der Demonstranten.

Tobias Netzbandt: Er antwortet, dass es eine Spontandemo gab. Laut Erzählungen haben ca. 40 bis 50 Leute teilgenommen. Seine eigene Kontaktperson meinte lediglich 12 Menschen gesehen zu haben. Eine der Demonstrant*innen wurde wegen einer Verletzung in das Krankenhaus eingeliefert. Im Haus selbst waren ca. 3 Menschen, die alle zunächst verhaftet, dann wieder freigelassen wurden. Insgesamt machte die Aktion einen friedlichen Eindruck auf ihn.

Karin Wirthgen: Sie bestätigt, dass die Atmosphäre sehr friedlich war, humoristisch, verspielt. Die Hausbesetzung ist eine Form von zivilem Ungehorsam. Dies ist ein drastisches, aber legitimes Mittel. Sie hat sich mit den Hausbesetzer*innen unterhalten. Die Hausbesitzer*innen wollten neuen kulturellen Raum schaffen. Kulturelles Engagement ist auch für die Studierendenschaft ein relevantes Thema. Die Studierendenschaft sollte sich daher solidarisieren.

GO-Antrag von Julia Walther auf Schließung der Redeliste.

Keine Gegenrede – angenommen.

Christian Hanke: Er spricht sich für eine Solidarisierung aus und findet die Kritik unterstützenswert.

Johannes Struzek: Er erklärt, dass Jenawohnen 14 Mio. Euro Gewinn im letzten Jahr gemacht hat. Es sei nicht so, als ob Jenawohnen es sich nicht leisten könnte, günstigen Wohnraum zu schaffen. Das Problem liegt darin, dass Jenawohnen gewinnorientiert agiert. Jenawohnen gehört der Stadt. Die Stadt hat gesagt, dass sie bezahlbaren Wohnraum schaffen wird. Der verantwortungsloser Umgang mit Wohnraum seitens Jenawohnen kollidiert mit der Aussage der Stadt. Er erklärt, was Beschlussgegenstand sein soll: Eine Solidarisierung mit den Hausbesetzer*innen mit einer Pressemitteilung, einer Mitteilung an Jenawohnen und den Oberbürgermeister. In den Texten soll auch die Forderungen nach bezahlbarem Wohnraum hinein. Inhaltliche Erarbeitung soll an die Referate delegiert werden. Die ergriffenen Handlungen sollen verurteilt werden.

Abstimmung: 11 / 0 / 7 – angenommen.

TOP 9 1. Lesung: Änderung FSR-Anteil (Johannes Struzek)

Johannes Struzek erklärt, dass vor 4 Haushaltslesungen gesagt wurde, dass der ganze Haushalt diskutiert werden soll. Er vermisst eine inhaltliche Diskussion zu den Fachschaften. Er ist nicht der Meinung, dass nichts bei den FSR-Finzen getan werden kann. Seiner Ansicht nach gibt es Möglichkeiten, an den Semesterzuweisungen zu arbeiten. FSRe haben ein Rücklagenproblem. Er denkt, dass der Entstehung des Problems entgegengewirkt werden muss. Er hat geschaut, was passiert, wenn die Zuweisungen anders ausfallen. Diese Änderungen sanieren den StuRa-Haushalt sicherlich nicht. Dennoch ist die Problemlösung wichtig. Er hat das Gedankenspiel erst einmal nur für ein Wintersemester ausgerechnet. Sein Wunsch für die heutige/nächste Sitzung ist zu erfahren, was es für eine Auswirkung auf die FSR-Arbeit hat, wenn sie weniger bekommen. Er fordert eine Stellungnahme: Was machen die FSRe mit ihrem Geld? Können sie eine Minderung der Mittelzuweisung verkraften? Warum sollen sie kein Geld abgeben können, wenn sie definitiv ein Plus am Ende des Haushaltsjahr haben. Der StuRa hat hohen Verwaltungsaufwand und Aufwand bei der

Unterstützungsarbeit. Diese Aufgaben und der Aufwand entsteht nicht freiwillig.

Julia Walther: Sie war bei der FSR-Kom. Es gab dort einen TOP extra zum Thema Rücklagen. Sie hat die FSRe um Zuarbeit zu dem Thema gebeten. Generell gab es ein Verständnis für das Rücklagenproblem. Die FSRe sind gewillt, das Problem anzugehen. Kritik gab es für den Vorschlag, die Zuweisungen nun zu senken, da dies nicht vorher angekündigt wurde, sondern sehr spontan aufkam. Es gab bisher von 2FSRen Rückmeldungen, die den Vorschlag ablehnen.

Johannes Krause: Er stellt fest, dass wahrscheinlich kein FSRe freiwillig das Geld abgibt. Wenn das Thema aufgemacht wird, wird der Haushaltsbeschluss noch weiter hinausgezögert. Die Debatte ist zeitlich ungünstig angesiedelt.

GO-Antrag von Micha auf Nichtbefassung mit dem TOP. Er findet, dass der Antrag eine Provokation der FSRe darstellt, es droht eine Spaltung der Studierendenschaft, wenn die FSR-Gelder angerührt werden.

Gegenrede von Mike. Das Rücklagenproblem der FSRe blockiert die Handlungsfähigkeit des StuRa. Das Problem muss zusammen angegangen werden. Die Fachschaften sind Teil des Problems und sollen gern auf die StuRa-Sitzung kommen. Es herrscht ein Ungleichgewicht bei den FSR-Finzen. Sie erhielten mehr als sie für ihre Arbeit benötigen.

13 / 5 / 3 – der Antrag ist damit angenommen.

TOP 10 5. Lesung und Beschluss: Haushalt 2014 (HHV)

Johannes Krause als Sitzungsleitung macht einen Verfahrensvorschlag für die folgenden Diskussionen. Zuerst sollen die Übertöpfe in einer Generaldebatte diskutiert werden. Daraufhin soll eine Antragsdebatte mit konkreten Zahlen folgen.

Marcus D. D. Müller: Er erklärt, dass direkt betroffene Externe in den jeweiligen Diskussionen bevorzugt behandelt werden.

Dorothea Forch: Sie spricht sich gegen den Verfahrensvorschlag ihres Vorredners aus. Es sei irrelevant, von wem Redebeiträge kommen, ein Redebeitrag ist ein Redebeitrag.

Marcus D. D. Müller: Er erklärt seinen Vorschlag. Eine Bevorzugung ist angebracht, weil es für Gremiums-Externe es einen Mehraufwand darstellt, der Sitzung beizuwohnen. Daher sollen ihre Töpfe zuerst behandelt werden.

Dorothea Forch: Sie kritisiert, dass Diskussionsbeiträge durch Externe die Diskussion im Gremium und dadurch die Beschlussfassung durch das Gremium blockieren, bzw. hinauszögern könnten.

Christian Hanke: Er findet die Aussage seiner Vorrednerin zynisch, weil andererseits häufig gefordert wird, dass erschöpfend diskutiert werden soll.

Maxi Scheibner: Sie fordert die Beteiligten auf, die Metadiskussion zur Haushaltsdebatte zu beenden, damit mit der Haushaltsdebatte angefangen werden kann.

Hatto Frydrysek: Er stellt klar, dass es bei einem Einspruch gegen den von Marcus D.D. Müller gemachten Verfahrensvorschlag nicht um das Ausschließen von Parteien geht, sondern um Kritik an der Führung der Erstredner*innen-Liste durch die Sitzungsleitung.

Marcus D. D. Müller: Er eröffnet die Diskussion mit dem einer Debatte zur Förderung Externer Projekte.

Meike Boldt: Sie vermisst immer noch eine Grundsatzdebatte.

Johannes Krause: Er rekapituliert für alle noch einmal das Gespräch zwischen dem StuRa-Vorstand mit Rektor Dicke. Es wurden die FSR-Finzen angeschnitten und über eine Beitragserhöhung für die Studierenden diskutiert. Der Rektor wies eine Beitragserhöhung zurück mit der Begründung, der StuRa habe zu hohe Rücklagen. Darüber hinaus hätte Rektor Dicke klar gemacht, dass keiner Erhöhung zugestimmt wird, solange keine neue Aufgaben durch das Thüringer Hochschulgesetz dem StuRa zugewiesen werden. Bezüglich der FSR-Finzen zeigte sich der Rektor willig, einen kleinen Teil der Mittel für die FSR-Arbeit freizugeben. Um die Haushaltsdebatte zu strukturieren, schlägt er vor, dass zu den einzelnen Haushaltsübertöpfen eine Art Grundsatzdebatte geführt werden soll. Nach Beendigung dieser Grundsatzdebatte, werden nur noch Änderungsanträge zu den konkreten Haushaltsposten des betreffenden Übertopfes gesammelt, diskutiert und abgestimmt.

Julia Walther: Sie erläutert, was eine Haushaltssperre Anfang 2014 bedeutet: Nur vertraglich im Vorjahr abgeschlossene Sachen können bezahlt werden. Bis der Haushalt für 2014 beschlossen ist, kann nur ein sehr kleiner Teil der Mittel (1/12) ausgegeben werden. Bereits das Zahlen der Gehälter wird mit dieser Bestimmung schwierig.

Meike Boldt: Sie drückt Unverständnis für das Drängen zu einem baldigen Haushaltsbeschluss aus, da laufende Verträge ja gezahlt werden und die Fachschaften ihr Geld bekommen. Ein Haushaltsbeschluss wird für ein ganzes Jahr gelten und stellt eine mittelfristige Entscheidung dar. Aus diesem Grund muss ein

Haushaltsbeschluss gut überlegt werden. Darüber hinaus ist sie der Meinung, dass der StuRa als Studierendenvertretung nicht alles abnicken muss, was der Rektor sagt, sondern als Korrektiv funktionieren soll.

Marcus D. D. Müller: Er berichtet, dass der Rektor beim Gespräch mit dem Vorstand eine Summe von 10.000 Euro für die FSR-Arbeit fallen lies. Der Rektor würde wahrscheinlich 10.000 Euro freigeben. Er stellt klar, dass eine Haushaltssperre heißt, dass der Chefredakteur des Akrützel bezahlt wird, aber das Akrützel selbst nicht abgedruckt werden kann, da der Druck nicht finanziert werden könnte.

Dirk Hertrampf: Er erinnert, dass der Rektor während der letzten Haushaltssperre den Topf für das Akrützel freigegeben hat.

Marcus D. D. Müller bittet um ein Meinungsbild zum Verfahrensvorschlag von Johannes Krause.

Johanna Schuchmann: Sie fragt, was die Alternative zum Verfahrensvorschlag von Johannes Krause wäre.

Marcus D. D. Müller: Er vermutet, dass die Debatte in der aktuellen Sitzung eine Reproduktion vorangegangener Anläufe sein wird.

GO-Antrag auf ein Meinungsbild zum Verfahrensvorschlag des Vorstands, erbracht durch Johannes Krause, von Meike Boldt: Wer ist für eine Diskussion, die Kürzungen anstrebt und Generaldebatten erlaubt? Mehrheit dafür.

A.09. Förderung Externer Projekte

Maximilian Lörzer: Er vertritt den Psychochor und erklärt, dass der Chor derzeit ca. 70 Mitglieder zählt und seit 2 Jahren existiert. Der Chor stellt eine Alternative zum Studentenchor dar, führt Proben durch und gibt Konzerte. Der Psychochor wird gefördert von der Sparkasse Jena, der Stadt Jena, und anderen. Jährlich belaufen sich die Kosten für die Arbeit des Chors auf 14.000–16.000 Euro. Die Förderung durch Sparkasse ist vor kurzem allerdings weggebrochen.

Johannes Krause: Er berichtet, dass er und die beiden anderen Vorstandsmitglieder, sich mit den Referaten und Arbeitskreisen und weiteren Gruppen getroffen haben, unter ihnen auch der Psychochor. Eine Weiterförderung des Chors mit 1500 Euro stelle bereits eine Minderung von ursprünglich beantragtem 2500 Euro dar. Der Psychochor hat seinen neuen Haushalt auch mit der gekürzten Förderung für 2014 aufgestellt.

Hatto Frydrysek: Er sagt, dass interne Projekte detaillierte Rechenschaftsberichte vorlegen müssen und fragt, ob der Psychochor seine Finanzplanung offen legen kann. Er findet es schwierig, über eine Förderung des Psychochors im Gremium zu entscheiden, ohne Auskunft über die Finanzplanung des Chors. Außerdem sei der Psychochor kein StuRa-initiiertes Projekt.

Maximilian Lörzer: Er sagt, dass der Finanzplan dem Vorstand zugeschickt wurde.

Marcel Helwig: Er macht den Vorschlag, die Sitzung in den Hörsaal 3, zu verlegen, da es dort einen Beamer gibt, mit dem ein Ausdruck des Finanzplans an die Wand projiziert werden könnte. Er fragt Maximilian Lörzer, ob der Psychochor mit der StuRa-Förderung fest gerechnet hat.

Johannes Struzek: Er sagt, dass externe Projekte eine andere Finanzierungsgrundlage als interne Projekte haben. Externe Projekte können gefördert werden, wenn sie Ziele der Studierendenschaft umsetzen. Das Studentenwerk hätte den Psychochor fördern können – zwar nicht die Bezahlung einer Leitung, aber Projektarbeiten. Die Förderung des Psychochors ist nicht durch die Finanzordnung des StuRa festgeschrieben.

Maximilian Lörzer: Er sagt, dass der Psychochor gefördert wird durch das StuWe. Der Psychochor sei sicherlich handlungsfähig mit 1000 Euro weniger Förderung, aber er gibt zu bedenken, dass das derzeitige hohe Niveau darunter leiden könnte. Es wurden Gespräche mit der Stadt geführt, da die Stadt kulturelle Projekte fördert. Er habe alle möglichen Sponsoren angeschrieben (Banken, Carl Zeiss, Jenoptik, Jenakultur usw.), um eine Förderung zu beantragen. Er betont, dass Planungssicherheit wichtig für eine anspruchsvolle Arbeit ist.

Johanna Schuchmann: Sie fragt, inwiefern es die Aufgabe des StuRa sei, einen Chor zu finanzieren.

Maximilian Lörzer: Er bekundet Verständnis für die schwierige Haushaltssituation.

Peter Gericke: Er gibt den Hinweis, dass seit Förderungsbeginn durch das Gremium angekündigt wurde, dass eine StuRa-Förderung als Starthilfe gedacht ist. Eine Starthilfe wird letztendlich wegfallen.

Julia Walther: Sie erklärt, dass der StuRa kulturelle Belange fördern soll. Die Konzerte des Psychochors werden zum Teil auch von Studierenden besucht. Daher wäre eine Förderung plausibel.

Maximilian Lörzer: Er vergleicht den Psychochor mit dem Studentenchor und sagt, dass der Studentenchor nicht nur vom StuWe Förderung erhält, sondern auch 5 Jahre lang vom StuRa Förderung bekam. Darüber hinaus erhält der Studentenchor von der Universität Jena Geld. Der Psychochor hingegen muss immer wieder für eine finanzielle Absicherung in den jeweiligen Haushaltsjahren kämpfen. Der Psychochor sei noch nicht etabliert genug und braucht weitere Hilfe.

Peter Held: Er als Mitglied des Psychochors gibt zu Bedenken, dass er persönlich seine Mitgliedschaft im Chor nicht aufrecht erhalten kann, wenn der StuRa den Chor nicht fördert. Er gibt zu Bedenken, dass der Psychochor inhaltliche Alternativen zu anderen Chören, etwa dem Studentenchor, bietet. Es werden andere Stücke gesungen.

Meike Boldt: Sie fragt, ob es möglich ist, die Öffentlichkeit per GO-Antrag auszuschließen für eine Beschlussfindung in einem geschützten Raum.
Marcus D. D. Müller: Er verliest §3, Abs. 5 der GO, der besagt, dass StuRa-Sitzungen öffentlich sind.

GO-Antrag auf ein Meinungsbild zum Vorschlag von Meike Boldt von Maxi Scheibner
Maxi gewährt auf Nachfrage von Vorstand eine Diskussion über ihren GO-Antrag.

Dirk Hertrampf: Er versteht den Wunsch nach einem sicheren Rahmen, aber er ist gegen den Ausschluss der Betroffenen.

Julia Walther: Sie findet, dass der Ausschluss der Öffentlichkeit ein fatales Signal nach außen senden würde. Es sei verständlich, dass ein geschützter Rahmen gefordert wird. Allerdings sollte Gremiumsmitgliedern klar sein, dass sie Debatten in der Öffentlichkeit führen sollen, da die Öffentlichkeit die Studierenden bilden, über deren Belange und Beiträge der StuRa diskutiert. Einen Ausschluss selbiger findet sie nicht tragbar.

Johannes Struzek: Er weist daraufhin, dass der Absatz in der GO in seinem Wortlaut noch einmal interpretiert werden muss. Wäre ein Antrag auf Ausschluss der Öffentlichkeit, wie Meike Boldt ihn stellte, überhaupt zulässig? Seiner Auffassung nach ist der Ausschluss der Öffentlichkeit gerechtfertigt, wenn über personenbezogene Daten diskutiert wird. Der Psychochor kann auch als Person aufgefasst werden – eine juristische Person. Die geheime Abstimmung erwähnt er als eine weitere Alternative, um einen geschützten Raum herzustellen.

Dorothea Forch: Sie sagt, dass ein Ausschluss der Öffentlichkeit hilfreich sein kann für eine zielführende Diskussion über die Frage, ob die Förderung des Chors im Sinne der Verfassten Studierendenschaft ist.

GO-Antrag bezogen auf §3 Abs. 5 der Geschäftsordnung: Ausschluss der Öffentlichkeit von Christian Hanke. Er möchte dem StuRa die Möglichkeit geben, über diese Frage abzustimmen.
Gegenrede von Johannes Struzek: Die Sitzung muss öffentlich sein.

GO-Antrag auf Prüfung der Zulässigkeit des GO-Antrags von Johannes Struzek. Die Sitzungsleitung hat einen nicht zulässigen GO-Antrag zugelassen. Ein Antrag auf Ausschluss der Öffentlichkeit ist in diesem Fall nicht möglich, denn der StuRa tagt öffentlich.

Gegenrede von Johannes Krause, ein Zulassen des GO-Antrags von Christian Hanke sollte eine Positionierung des StuRa ermöglichen.

Abstimmung über den GO-Antrag: 12 / 5 / 3 – angenommen. Der GO-Antrag von Christian Hanke war damit nicht zulässig.

GO-Antrag für einen Verfahrensvorschlag von Meike Boldt: Sie macht einen Verfahrensvorschlag zur Strukturierung der Debatte: Zuerst sollen sich alle vorstellen, danach diskutieren nur Gremiumsmitglieder für eine Beschlussfindung. Nicht-StuRa-Mitgliedern würde damit das Rederecht entzogen.

Gegenrede von Johannes Krause: Dies geschieht bereits.

Abstimmung über den GO-Antrag: 8 / 9 / 2 – nicht angenommen.

GO-Antrag auf Schließung der Redeliste zur Generaldebatte zum Übertopf Externe Projekte von Johannes Krause

Gegenrede von Dorothea Forch: Die Generaldebatte wurde noch nicht geführt. Es fand lediglich die Vorstellung des Psychochors statt.

Abstimmung über den GO-Antrag: 13 / 4 / 2 – angenommen.

Janine Eppert: Sie spricht sich gegen die Wertung und den Vergleich mit anderen Projekten aus. Es soll um die Entscheidung gehen, ob ein spezifisches Projekt in den jeweiligen Fällen förderungswürdig ist.

Johannes Krause: Er sagt, dass der Psychochor noch Hilfe benötigt. Ein Wegbruch der Förderung sendet außerdem ein schlechtes politisches Signal.

Dorothea Forch: Sie findet, dass Unklarheit über den Haushalt, die Einnahmen und Ausgaben des Psychochors sowie dessen Bedarf eines Haushalts von bis zu 16.000 Euro besteht. Sie findet es wichtig, dass der StuRa sich auf die Erfüllung seiner Kernaufgaben konzentriert, z.B. soll die Sozialberatung erhalten bleiben.

Hatto Frydryszek: Er kritisiert, dass die derzeitige Generaldebatte keine "Generaldebatte" sei. Der Psychochor sei das einzige externe Projekt, das im Haushalt explizit auftaucht. Er hinterfragt, warum der Psychochor nicht wie andere externe Projekte projektbezogen Geld beantragt. Er weist darauf hin, dass zum Zeitpunkt des Förderbeginns des Psychochors eine andere Haushaltslage im StuRa vorlag. Jetzt müsse neu beurteilt werden, ob eine Förderung in der derzeitigen Lage möglich ist.

Jenny Markert: Sie schlägt einen schrittweisen Abbau der Zuschüsse vor, der eine Weiterförderung für dieses Jahr aber ermöglichen soll.

Johanna Schuchmann: Sie schließt sich Hattos Frydryszeks Beitrag an.

Maximilian Lörzer: Er sagt, dass das Niveau, auf dem die Arbeit derzeit geleistet wird, schwer zu halten sei. 150 Interessenten wollten beim Psychochor mitmachen. Die Notenbeschaffung würde eigentlich noch ein vielfaches

mehr kosten. Die Chorfreizeiten seien teambildende Maßnahmen. Die Idee sei es dabei, wegzufahren, um sich ganz auf den Chor zu konzentrieren. Es bestehe ein erhebliches Interesse an der Arbeit im Chor auf studentischer Seite. Er äußert außerdem Kritik an dem Antrag auf Ausschluss der Öffentlichkeit, obwohl er Verständnis für den Gedanken hinter dem Antrag hat. Er erinnert, dass das Gremium zwar beschließt, aber der Beschluss schließlich die Studierenden betrifft, über die entschieden wird.

Johannes Struzek: Er äußert sich zum Haushaltsposten Externe Projekte Sonstiges. Mit dem Topf Externe Projekte Sonstiges würden auch ganz kleine Projekte und Nischenprojekte gefördert werden, die sonst handlungsunfähig wären. Es sei allerdings konsequenter, auch bei diesem Topf um 20 – 25% zu kürzen.

Johannes Krause: Er findet, dass die Förderung externer Projekte die Wahrnehmung des StuRa in der Studierendenschaft stärkt.

Maximilian Lörzer: Er gibt zu Bedenken, dass das Wissen über den Topf Externe Projekte gering ist. Dabei sei dieser Topf ein wichtiges Mittel zur Schaffung von Öffentlichkeit.

Jenny Markert: Sie findet, bestehende Strukturen zu erhalten sei bereits schwierig, umso unverständlicher mache dies eine Erhöhung des Haushaltspostens Externe Projekte.

Peter Held: Er als Haushaltsverantwortlicher sehe die Anträge und findet, dass häufig unsinnige Dinge über den Topf Externe Projekte gefördert werden und spricht sich auch für eine Senkung aus.

Johanna Schuchmann: Sie sagt, dass Kürzungen im derzeitigen Haushalt notwendig sind. Sie bittet um Verständnis und sagt dass es nervt, wenn von allen Seiten stets Forderungen formuliert werden.

Dirk Hertrampf: Er reagiert auf seine Vorrednerin und bittet seinerseits um Verständnis für die Forderungen, da es natürlich sei, dass die jeweiligen zu kürzenden Projekte sich erhalten möchten.

Julia Walther: Sie ist der Meinung, dass das Wegfallen des Topfes ein schlechtes Signal für die Öffentlichkeit wäre. Dieser negative Eindruck würde möglicherweise weitergetragen und verbreitet werden.

Marcel Helwig: Er sagt, dass er, seit er 2005 anfang sich im StuRa zu engagieren, beobachten konnte, wie die Haushaltslage des StuRa zunehmend komplizierter wurde. Er ist der Meinung, dass die Förderung des Psychochors gestrichen werden soll. Anschließend soll der Topf Externe Projekte um 1000 Euro aufgestockt werden. Er schlägt dem Chor vor, alternative Finanzierungsquellen zu suchen und verweist auf die FSR-Kom als eine Möglichkeit.

GO-Antrag auf Abbruch der Debatte und Behandlung der Änderungsanträge von Sebastian Uschmann
Formale Gegenrede von Dorothea Forch.
Abstimmung über den GO-Antrag: 11 / 2 / 3 – angenommen.

– Änderungsanträge: A.09 Förderung externer Projekte –

Antrag: A.09 wird auf 0€ gesetzt. (Hatto Frydryszek)

Maxi Scheibner: Sie fragt, ob Förderung externer Projekte damit wegfallen soll.

Hatto Frydryszek: Bejaht. In der derzeitigen Haushaltslage können wir eine Erhöhung nicht verantworten und eine Beibehaltung der derzeitigen Höhe ist ebenfalls nicht geboten.

Moritz Hellmich: Er ist gegen den Antrag, denn nur mit internen Projekten kann man nicht alle Aufgaben erfüllen.

Hatto Frydryszek: Er fragt, welche Aufgaben gemeint sind, die im Gesetz stehen.

Johannes Krause: Mit externen Projekten kann man fast alle Aufgaben erfüllen, man muss je Projekt darüber entscheiden, ob es zu den Aufgaben gehört.

Christian Hanke: Er meint, dass vom Gesetz auch formuliert wird, dass Hausbesetzung Hausfriedensbruch ist.

Karl Spitz: Es ist die Frage der Präsentation nach außen. Bei Wahlen erreicht man nur wenige Menschen. Wenn nur interne Projekte gefördert werden, hat dies durch geringe Wahlbeteiligung nur geringe Legitimität. Externe Projekte erreichen hingegen teilweise sehr viele Menschen,

Hatto Frydryszek: Es geht um die Sichtbarkeit nach innen: dafür gibt es interne Projekte.

Johannes Struzek: Externe Projekte können auch aus anderen Töpfen gefördert werden. Die Bekanntmachung wird nicht unbedingt durch externe Projekte erreicht.

GO-Antrag auf Abbruch der Debatte und sofortige Abstimmung von Hatto Frydryszek, da der Antrag nötig ist angesichts der Haushaltslage.

Gegenrede von Peter Held. Er möchte noch etwas zur Diskussion beitragen.

Hatto Frydryszek verändert seinen Antrag zum **GO-Antrag auf Schließung der Redeliste.**

Keine Gegenrede.

Peter Held: Johannes hat recht, dass auch aus anderen Töpfen gefördert werden kann. Ohne einen gesonderten Haushaltstitel ist eine externe Förderung jedoch generell nicht mehr möglich.

Johannes Krause: Er stellt noch einmal klar, dass interne Projekte Sturaprojekte meint, bei externen Projekten wird ein Finanzantrag beim Stura gestellt. Dies schien ihm durcheinander geraten in der Diskussion.

Karl Spitz: Wird der Topf auf 0 gesetzt, gibt es eine immer weitere Entfernung von den Studierenden. Studierende sehen den Stura in seiner Wahrnehmung oft als sehr weltfremd, nur ein kleiner Teil der Studis wird angesprochen. Die Streichung des Topfes wäre daher kein gutes Zeichen.

Abstimmung über den Änderungsantrag: 3 / 12 / 2 – abgelehnt.

Antrag: A.09.01 (Psychochor) wird auf 0€ gesetzt. Der Psychochor kann bei Bedarf Mittel aus A.09.02 (andere externe Projekte) beantragen. Dieser Topf bleibt bei 3000€. (Dorothea Forch)
Abstimmung über den Änderungsantrag: 4 / 10 / 3 – abgelehnt.

Antrag: A.09.01 auf 0€ gesetzt. (Johannes Struzek)
Abstimmung über den Änderungsantrag: 6 / 8 / 2 – abgelehnt.

Antrag: A.09.01 auf 750€ gesetzt. (Johannes Struzek)
Johannes Krause: Er gibt zu bedenken, dass der Psychochor bereits eingelenkt hat.
Julia Walther: Sie schließt sich an und ergänzt, dass auch die FSR-Kom mit fördern könnte.
Maximilian Lörzer: Er sieht darin ein verheerendes Signal, denn sie sind entgegengekommen. Die FSR-Kom fördert keine Chöre mehr
Hatto Frydryszek: Man sollte sich der FSR-Kom anschließen, die Aufgabenerfüllung ist wichtiger.

Johannes Struzek: Er kann nicht nachvollziehen, warum der Psychochor mit mehr als 1000€ gerechnet hat, da der Psychochor bereits damit rechnen konnte, dass die Stura-Fröderung geringer ausfällt. Der hohe Ansatz war wohl auch eine strategische Entscheidung.

Johannes Krause: Er meint, dass man alle gleich behandeln sollte. Wenn man beim Psychochor kürzt, müsste man das Rasenmäherprinzip auch bei anderen Töpfen anwenden. Dies wollten sie jedoch eher nicht. Er hat seinerseits bei der Aufstellung des Plans auch die psychologische Komponente einfließen lassen, was Menschen erwarten.

GO-Antrag auf Abbruch der Debatte und sofortige Abstimmung von Maxi Scheibner
Formale Gegenrede von Johannes Krause
Inhaltliche Gegenrede von Peter Held: Maximilian möchte noch etwas sagen.
Maxi Scheibner verändert ihren Antrag zum **GO-Antrag auf Schließung der Redeliste**
Gegenrede von Marcel Helwig, er hat den Eindruck, dass nur noch getrollt wird.
Abstimmung über den GO-Antrag: 16 / 0 / 1 – angenommen.

GO-Antrag auf sofortige Abstimmung von Johannes Struzek
Formale Gegenrede von Maxi Scheibner
Abstimmung über den GO-Antrag: 11 / 6 / 0 – angenommen.

Abstimmung über den Änderungsantrag: 7 / 9 / 1 – abgelehnt.

GO-Antrag auf Verlängerung der Sitzungszeit bis zum Ende des TOPs bzw. um eine Stunde von Marcus Müller.
Gegenrede von Malte Pannemann: Er bezweifelt, dass die Produktivität steigen wird.
Abstimmung über den GO-Antrag: 10 / 1 / 6 – angenommen.

Antrag: A.09.02 (andere externe Projekte) wird auf 500€ festgelegt. (Peter Held)
Abstimmung über den Änderungsantrag: 3 / 9 / 5 – abgelehnt.

Antrag: A.09.02 (andere externe Projekte) wird auf 1000€ gesetzt. (Johannes Struzek)
Abstimmung: 2 / 8 / 6 – abgelehnt.

Antrag: A.09.02 (andere externe Projekte) wird auf 1500€ gesetzt. (Johannes Struzek)
Hatto Frydryszek: Er denkt, dass alles darauf hinausläuft, dass es bleibt wie es ist. Er sieht keinen Sparwillen und bittet um ein Meinungsbild, wer an dem Topf sparen will.
Fast alle mit Ausnahme von 3 Gremiumsmitgliedern möchten an dem Topf sparen.
Abstimmung über den Änderungsantrag: 7 / 10 / 0 – abgelehnt.

Antrag: A.09.02 (andere externe Projekte) wird auf 2000€ gesetzt. (Johannes Struzek)
Abstimmung: 13 / 3 / 1 – angenommen.

Antrag: Externe Projekte sollen je Projekt mit nicht mehr als 150€ gefördert werden. (Johannes Struzek)
Peter Held: Er meint, dass dieser Beschluss nicht bindend genug ist.
Johannes Krause: Eine Soll-Bestimmung ist keine Muss-Bestimmung. Er hält diesen Antrag nicht für zielführend, sondern für Symbolpolitik.
Hatto Frydryszek: Um die Sichtbarkeit zu stärken, bekommt der Psychochor mehr. Er möchte nun dass Café Wagner vorziehen, denn Falko wartet bereits sehr lange.
Johannes Struzek: Die Soll-Bestimmung ist nötig, damit die FinO beachtet wird, außerdem würde dies auch für Zusatzförderung durch die FSRe gelten, diese sollte aber nicht ausgeschlossen werden. Eine Soll-Regelung hat durchaus bindenden Charakter, wenn dies im Haushalt festgelegt wird.
Julia Walther: Dennoch muss immer der Einzelfall diskutiert werden, sie hält diese Regelung für überflüssig.
Johannes Krause: Es ist nur ein politisches Signal.

Johannes Struzek: Es werden kaum externe Projekte mit mehr als 150€ gefördert. Es ist eine Sache der Fairness, vorher zu sagen, dass es nur bis zu 150€ Förderung gibt.

GO-Antrag auf sofortige Abstimmung von Johannes Krause
Keine Gegenrede.

Abstimmung über den Änderungsantrag: 0/10/4 – abgelehnt.

Antrag: A.09.01 (Psychochor) wird auf 1500€ erhöht. (Johannes Krause)

GO-Antrag auf sofortige Abstimmung von Marcus Müller
Gegenrede von Peter Held. Der andere Änderungsantrag muss noch aufgenommen werden.
Abstimmung über den GO-Antrag: 10 / 0 / 4 – angenommen.

Abstimmung über den Änderungsantrag: 5 / 8 / 3 – abgelehnt.

Antrag: A.09.01 wird auf 1500€ erhöht, dafür wird A.09.02 um 500€ auf 1500€ gesenkt. (Johannes Struzek)

GO-Antrag auf sofortige Abstimmung von Sebastian Uschmann.
Keine Gegenrede.
Abstimmung über den Änderungsantrag: 1 / 14 / 2 – abgelehnt.

Antrag: A.09.02 wird auf 2500€ erhöht, dafür wird A.09.01 um 500€ auf 500€ gesenkt. (Johannes Struzek)

GO-Antrag auf sofortige Abstimmung von Johannes Krause
Keine Gegenrede,

Abstimmung über den Änderungsantrag: 3 / 11 / 3 – abgelehnt.

Gesamtantrag: A.09.01 auf 1000€, A.09.02 auf 2000€.
Abstimmung über den Gesamtantrag: 11 / 5 / 0 – angenommen.

A.07. Beiträge

Falko Windisch: Der Austritt aus dem Wagner e.V. wäre ein Fehler. Das Geld geht an Studierende. Das Wagner strebt eine vielfältige Kultur an. Die Beiträge werden genutzt um Veranstaltungen mittelloser Studierender und anderer zu subventionieren. Fachschaften und sonstige Veranstaltungen der Studierendenschaft erhalten Rabatte. Das StuWe hat seine Fördergelder zurückgezogen. Das Wagner kommt auch ohne die volle Beitragshöhe von 1500 € aus; 500 € wären die unterste Grenze. Er regt an, dass es einen entsprechenden Antrag gibt.

Änderungsantrag: A.07.02 (Wagner e.V.) wird auf 500€ gesetzt. (Christian Hanke)
Änderungsantrag: A.07.02 wird auf 1000€ gesetzt. (Christian Hanke)

Hatto Frydryszek: Der Austritt wäre in seinen Augen ein politisch fatales Zeichen.

Ilknur Üreyen: Sie ist gegen eine Kürzung, da das Wagner genutzt wird.

Malte Pannemann: Er hat das Gefühl, dass Personen, die zur Sitzung erscheinen, ihre Forderung durchbekommen. Die FSRs werden in der Diskussion ausgespart, damit diese nicht auch noch kommen. Alle werden abgestraft, die sich kooperativ zeigen; die die sich dem StuRa stellen, kommen durch. Man sollte 500€ nicht als Ausgangspunkt beim Wagner nehmen. Das Wagner wird nicht nur für Parties in Anspruch genommen, sondern auch für Vorträge usw.

Johannes Struzek: Er fände es schlimm, von den 1500€ abzuweichen. Das Wagner ist mehr als nur ein Café, wo man essen kann, sondern ein bedeutender Ort in Jena. Eine Mitgliedschaft geht nicht ohne Mitgliedsbeitrag, ein Austritt wäre eine Katastrophe, dann stünde der Verein vor dem Aus.

Julia Walther: Sie erinnert sich, dass eine Miete für eine FSR-Veranstaltung relativ hoch war. Außerdem gibt es ein StuRa-Referat, dass wegen der Raummiete im Wagner nun den Veranstaltungsort gewechselt hat.

Falko Windisch: Dies war ihnen nicht bewusst, die Mieten sind dennoch relativ gering im Vergleich zu allen anderen Lokalitäten in Jena.

Johannes Krause: Es gibt noch andere Vereine. Er warnt davor, frei gewordene Gelder in die nächsten Töpfe zu werfen, da damit der Spielraum erneut sinkt.

Johanna Schuchmann: Man sollte auf 1000€ runtergehen und die Relationen beim Kürzen wahren.

GO-Antrag auf sofortige Abstimmung über den Änderungsantrag von Christian Hanke
Gegenrede von Dorothea Forch. Sie findet dies zu früh, es gibt einige Probleme.
Abstimmung über den GO-Antrag: 7 / 5 / 4 – angenommen.

Änderungsantrag: Der Stura bleibt Mitglied im Wagner e.V., zusätzlich wird der Mitgliedsbeitrag von 1.500€ beibehalten. (Hatto Frydryszek)

Änderungsantrag: A.09 (Förderung externer Projekte) wird aufgelöst zugunsten A.07 (Beiträge) und davon 1.500€ für den Wagner e.V. eingestellt. (Dorothea Forch)

Dorothea Forch: Ist für den Antrag aus den bereits genannten Gründen. Sie findet es schwierig, andere Maßstäbe anzusetzen als bei Psychochor. Die bisherigen Beträge sollten auf den Plan gerufen werden.

Johannes Krause: Es wurde auch beim Psychochor gekürzt. Der Vorschlag ist nur Diskussionsgrundlage, man kann alle Zahlen wieder zurücksetzen, dann steht man aber wieder am Anfang.

Julia Walther: Ein Austritt aus dem Verein würde ggf. später beschlossen werden, derzeit ist er nicht beantragt.

Hatto Frydryszek: Es gibt viele Gründe für die Mitgliedschaft, Referate machen dort z.B. Veranstaltungen, auch die Zusammenarbeit mit dem StuWe soll verbessert werden.

Dorothea Forch: Sie findet die Argumentation komisch. Vereine beantragen nichts, sondern der StuRa stellt das Geld bereit.

GO-Antrag auf ein Meinungsbild von Karin Wirthgen. Soll das Wagner mit 1500€ gefördert werden?

Johannes Krause: Er schlägt ein weitergehendes Meinungsbild zu allen Beitragshöhen vor.

Gegenrede von Maxi Scheibner: Ihr wäre eine Abstimmung lieber, dort zeigt sich auch die Meinung.

Abstimmung über den GO-Antrag: 7 / 6 / 2 – angenommen.

Meinungsbild: Förderung mit 1500€: 5 dafür

Förderung mit 1000€: 9 dafür

Förderung mit 500€: 8 dafür

Dorothea Forch: Ihr fehlen die Argumente, warum gespart werden sollte.

Florian Rappen: Sparnotwendigkeit ist besser als Sparwut.

Johanna Schuchmann: Sie fragt sich, was das Wagner vom Psychochor unterscheidet.

Karl Spitz: Es wurden 500€ vom Wagner vorgeschlagen, dies sollte man beachten.

GO-Antrag auf sofortige Abstimmung von Ilknur Üreyen, da die Sitzung bald endet.

Gegenrede von Dorothea Forch: Zeit ist kein Argument.

Abstimmung über den GO-Antrag: 4 / 6 / 7 – abgelehnt.

Johannes Krause: Wenn der Beitrag wieder auf 1500€ gesetzt wird, ist kein Geld da, auch die anderen Vereine weiterzufördern.

Dorothea Forch: Sie findet es Quatsch, nicht über den Tellerand hinaus zu sehen.

Marcel Helwig: Der Eindruck der Endgültigkeit ist falsch, das Vorgehen ist problematisch. Er findet es schwierig, dass jetzt alles am Psychochor gemessen wird.

GO-Antrag auf sofortige Abstimmung von Julia Walther, da erneut Metadiskussionen geführt werden, die nichts mehr mit dem Wagner zu tun haben.

Gegenrede von Johannes Krause: Es wurde noch nicht über die anderen Vereine gesprochen, daher kann man noch nicht abstimmen.

Abstimmung über den GO-Antrag: 5 / 9 / 1 – abgelehnt.

Malte Pannemann: Er denkt, dass eine Generaldebatte nötig ist. Das Wagner e.V. ist eine der zentralen Instanzen in Jena, daher sollte es gefördert werden.

Jenny Markert: Sie sieht dies ähnlich und wünscht sich ein Meinungsbild zur Generaldebatte.

Hatto Frydryszek: Das Verfahren kann ungünstig gewirkt haben, das politische Signal ist hier weitreichender, da das Wagner viel mehr Studierende erreicht als der Psychochor.

Dorothea Forch: Sie ist ebenfalls für eine Generaldebatte und gegen schnelles Durchwinken.

Hauke Rehr: Das Verfahren sah ein Reden über Übertöpfe vor, daher sollte man erst über alles reden und nicht gleich übers Wagner abstimmen.

Johannes Krause: Er meint, dass es bislang keine besseren Verfahrensvorschläge gab. Alternative Vorschläge können allerdings gern eingebracht werden.

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurde eine persönliche Erklärung von Peter Held abgegeben. Diese ist diesem Verlaufsprotokoll angehängt.

TOP 11 Diskussion und ggf. Beschluss: Umgang mit Presseerklärungen (Hatto Frydryszek)

Nicht behandelt wegen Zeitablauf.

- vertagt.

TOP 12 Bericht und Diskussion: Campus Inselplatz (Johannes Struzek)

*Nicht behandelt wegen Zeitablauf.
- vertagt.*

TOP 13 Sonstiges

Nicht behandelt wegen Zeitablauf.

Die Sitzungsleitung schließt die Sitzung um 01:15 Uhr.

Protokollantin

Sitzungsleitung



seit 1558

Friedrich-Schiller-Universität Jena

StuRa

Studierendenrat der FSU Jena · Carl-Zeiss-Straße 3 · 07743 Jena

Erklärung

| | |
|---|--|
| Titel der Erklärung: Tagesordnungspunkt / Abstimmung über: 5. Lesung: Haushalt 2014 (ext. Gruppen etc) Sitzung: 10.12.13 erklärende Person: Peter Held Funktion: HHV | <input type="checkbox"/> persönliche Erklärung <input type="checkbox"/> Erklärung zu Abstimmung |
| <p>Liebe Freundinnen, liebe Freunde, liebe Mitglieder des Studierendenrates,</p> <p>es gehört viel dazu mich aus der Ruhe zu bringen. Vor allem, da ich meine Sitzungszeit im Rahmen der Haushaltsdiskussion als Arbeitszeit verstehe und hierdurch einen zusätzlichen Urlaubstag bekomme.</p> <p>Die heutige Debatte zu externen Projekten hat mich jedoch kalt erwischt.</p> <p>Das Gremium verliert den <u>GESAMTEN</u> Haushalt aus den Augen. Es reicht nicht in solchen marginalen Größenordnungen zu kürzen und sich gleichzeitig gegen jede Änderung des status quo (Fachschaften) mit Händen und Füßen zu wehren.</p> <p>Der Studierendenrat steuert auf der „H.M.S. Studierendenschaft“ mit voller Fahrt auf den gut sichtbaren Eisberg zu und steht kurz davor den gesamten Äppelkahn* im Ozean zu versenken.</p> <p>* Vgl. Lied vom Fritze Rollmann</p> | |

Unterschrift:(Peter Held)

eingegangen bei Sitzungsleitung: 0:52 Uhr

Uhrzeit: 0:52 Uhr

